

Rat

13.07.2010

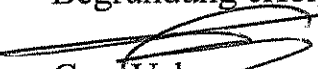
Tischendorf

Pro-Köln-Dringlichkeitsantrag gemäß §12 GeschO

Nein zur Primarschule, nein zur Einheitsschule, ja zur nachhaltigen Bildung, ja zum gegliederten Schulsystem!

Der Rat der Stadt Köln lehnt die Einführung von so genannten Primarschulen beziehungsweise Einheitsschulen ab. Wir fordern die Landesregierung auf, endlich Klarheit zu schaffen und die finanziellen Ressourcen für das gegliederte Schulsystem weiterhin umfassend zur Verfügung zu stellen.

Begründung erfolgt mündlich.


Gez. Uckermann

W. W.

Hinweis:

Diese Angelegenheit ist
auch dem Oberbürger-
meister bei der Festlegung
der Tagesordnung über-
geben.

RCL
13.07.2010

T. J. J. J. J. J.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln gemäß §12 der GeschO des Rates

Keine kostenlose Altersversorgung für Grüne Ratsfrau_innen

Der Rat der Stadt Köln fordert den Regierungspräsidenten auf, die offensichtliche Sonderbehandlung von einer beamteten Lehrerin, die auch Mitglied des Stadtrates ist, in Hinblick auf ihre Altersversorgung und mit Rücksicht auf die einheimische steuerzahlende Bevölkerung sofort zu beenden.

Zur Begründung: Wie aus den Medien zu entnehmen und aus Gesprächen mit den Bürgern zu hören war, ist der Umstand, dass ein verbeamtetes Kölner Stadtratsmitglied seit einigen Jahren bei gleichzeitigem Ruhen der aktiven Bezüge vom Dienst befreit ist, nicht hinnehmbar. Es ist eine bodenlose Frechheit gegenüber dem arbeitenden Teil der einheimischen Bevölkerung, solchen offensichtlichen parteipolitisch durchgedrungenen Beamtenfilz länger zu tolerieren. Es gibt keinen Grund, den Fraktionsvorsitzenden welcher Partei auch immer, vom Dienst zu befreien, ihm aber bei Erreichen des Pensionsalters die vollen Altersbezüge auszuzahlen. Ein solcher Grund ist auch bei der oben genannten politischen Moraltrompeterin selbst mit einem guten Mikroskop nicht zu finden.

Gez.
Uckermann

W. J. J.

Hinweis:

Diese Angelegenheit
wird dem Oberbürger-
meister bei der Festlegung
der Tagesordnung übergeben.

Rat

13.07.2010

Tisch 09 Cafe

Pro-Köln-Dringlichkeitsantrag gemäß §12 GeschO

**Planungsmängel durch fehlerhafte Verwaltungsinformationen bei dem
Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel „Äußere
Kanalstraße/Iltisstraße“**

Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld im Juni 2010 von der Verwaltung bei der Beschlussvorlage über einen Bebauungsplan mit dem Arbeitstitel „Äußere Kanalstraße/Iltisstraße“ der Bezirksvertretung Ehrenfeld die Unwahrheit gesagt wurde. Ferner stellt der Rat fest, dass durch diesen Umstand der abschließende Beschluss über das Bauvorhaben juristisch angreifbar ist.

Begründung erfolgt mündlich.

WLN



Hinweis:

Diese Angelegenheit wurde dem Oberbürgermeister bei der Festlegung der Tagesordnung übergeben.